
Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zum

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25) Drs. 19/1100

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 Und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25) wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

A) Der Gesetzestext wird wie folgt geändert

1. § 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

1.1 Der Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„§ 1
Feststellung des Haushaltsplans

„Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird 2024 für Einnahmen und Ausgaben auf 39.397.566.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 53.749.851.500 Euro und für 2025 in Einnahmen und Ausgaben auf 40.446.009.100 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 45.649.405.100 Euro festgelegt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2024
 - a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.141.141.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 52.973.025.900 Euro,
 - b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.256.424.800 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 776.825.600 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;
2. für das Haushaltsjahr 2025
 - a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 29.049.608.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 44.972.694.100 Euro,
 - b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltsplänen) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.396.400.200 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 721.711.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.“
- 1.2 Der Absatz 2 wird gestrichen.
2. § 6 (Verpflichtungsermächtigungen) wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Der § 6 Verpflichtungsermächtigungen wird gestrichen.
 - 2.2 Die bisherigen §§ 7 bis 20 werden zu den §§ 6 bis 19.
3. § 8 (neu) (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) wird wie folgt geändert:
 - 3.1 In Absatz 5 wird der Satz 4 gestrichen.
4. § 10 (neu) (Einschränkungen der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen) wird wie folgt geändert:
 - 4.1 Der Absatz 3 wird wie folgt geändert:

„Durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.“

B) Das Zahlenwerk wird wie folgt geändert

I. Ausbildungspaket (40,800 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Ände- rung Ansatz 2025
0566	52501	Aus- und Fortbildung	5.150.000	5.150.000	7.650.000	10.150.000	2.500.000	5.000.000
0910	67188	Eingliederungshilfe für Studierende mit Behinderung	1.250.000	1.250.000	1.500.000	1.500.000	250.000	250.000
0910	68485	Sozialfonds für Studierende beim Studierendenwerk	0	0	300.000	300.000	300.000	300.000
Der Wegfallvermerk wird gestrichen.								
0920	88401 (neu)	Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	0	0	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Die Mittel sind zweckgebunden für die Planung des Ausbildungscampus Wenckeback. (verbindliche Erläuterung)								
1011	42801	Entgelte der planmäßig Tarifbeschäftigten	4.645.000	5.343.000	5.795.000	6.043.000	1.150.000	700.000
1140	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	19.200.000	21.800.000	25.200.000	27.200.000	6.000.000	5.400.000
TA 1: 2024: +1.000.000 2025: +1.000.000 TA 2: 2024: +3.000.000 2025: +400.000 TA 6: 2024: +2.000.000 2025: +4.000.000								
1140	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung	11.000.000	9.911.000	11.000.000	11.211.000	0	1.300.000
TA 1: 2025: +1.300.000								
1140	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung	13.596.000	13.465.000	15.921.000	16.290.000	2.325.000	2.825.000
TA 5a: 2024: +825.000 2025: +1.325.000 TA 9: 2024: +1.500.000 2025: +1.500.000								
1140	68413 (neu)	Zuschüsse zum Auszubildendenwerk Berlin	0	0	500.000	2.000.000	500.000	2.000.000

II. Verkehrssicherheitspaket (59,000 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0532	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	127.911.000	133.489.000	131.911.000	137.489.000	4.000.000	4.000.000
0532	81279	Geräte, technische Ein- richtungen, Ausstattun- gen	1.850.000	1.850.000	7.850.000	1.850.000	6.000.000	0
0730	52108	Maßnahmen zur Verbes- serung des Radverkehrs	7.500.000	7.500.000	12.500.000	12.500.000	5.000.000	5.000.000
0730	52121	Maßnahmen zur Erhö- hung der Verkehrssicher- heit	4.000.000	4.000.000	6.000.000	6.000.000	2.000.000	2.000.000
0730	52122	Maßnahmen zur Verbes- serung des Fußverkehrs	5.400.000	5.400.000	5.900.000	5.900.000	500.000	500.000
0730	72016	Verbesserung der Infra- struktur für den Radver- kehr	6.000.000	6.500.000	10.000.000	10.500.000	4.000.000	4.000.000
0730	72020	Verbesserung der Infra- struktur für den Fußver- kehr	3.000.000	3.000.000	6.000.000	6.000.000	3.000.000	3.000.000
0770	52121	Maßnahmen zur Erhö- hung der Verkehrssicher- heit	2.000.000	2.000.000	5.000.000	5.000.000	3.000.000	3.000.000
0770	54022	Leistungen für Lichtsig- nalanlagen	24.873.000	24.873.000	29.873.000	29.873.000	5.000.000	5.000.000

III. Sicherheits- Sozialpaket (34,000 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	16.841.000	18.203.000	18.341.000	19.703.000	1.500.000	1.500.000
TA 29 (neu) Mobile Medizinische Versorgung von Menschen ohne Zugang zur Krankenversicherung: 2024: +1.500.000 2025: +1.500.000								
0920	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenvertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	38.183.000	38.718.000	41.433.000	41.518.000	3.250.000	2.800.000
0920	89360	Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfen und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen)	401.000	401.000	1.001.000	601.000	600.000	200.000
0940	68314	Förderung von zukunftsorientierten Entwicklungsmaßnahmen	350.000	350.000	1.350.000	1.350.000	1.000.000	1.000.000
1150	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	17.496.000	17.897.000	22.346.000	22.997.000	4.850.000	5.100.000
TA 5: 2024: +550.000 2025: +800.000 TA 7: 2024: +1.300.000 2025: +1.300.000 TA 8: 2024: +2.500.000 2025: +2.500.000 TA 9: 2024: +500.000 2025: +500.000								
1150	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenvertrag mit den Wohlfahrtsverbänden	33.840.000	34.365.000	36.090.000	37.015.000	2.250.000	2.650.000
2707	97110	Verstärkungsmittel	6.350.000	6.350.000	10.000.000	10.000.000	3.650.000	3.650.000

IV. Demokratiepaket (13,500 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0500	68558	Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt	6.701.000	6.601.000	8.301.000	8.301.000	1.600.000	1.700.000
0500	81244 (MG 32)	Projekte Digitalisierung Direkte Demokratie	1.000	1.000	201.000	201.000	200.000	200.000
0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	11.449.000	11.647.000	12.269.000	12.727.000	820.000	1.080.000
Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“: Berliner Zentrum für Gewaltprävention 2024: +50.000 2025: +180.000 Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“: Intersektionales Gewaltschutzzentrum (neu) 2024: +500.000 2025: +500.000 Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“: Fachstelle von HateAid für Berlin (neu) 2024: +250.000 2025: +250.000 Projekte im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“: ISI – Integration statt Inhaftierung 2024: +20.000 2025: +150.000								
1010	52501	Aus- und Fortbildung	3.191.000	3.191.000	3.391.000	3.391.000	200.000	200.000
TA 7: 2024: +200.000 2025: +200.000								
1010	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	21.665.000	20.188.000	24.165.000	22.688.000	2.500.000	2.500.000
1014	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	1.664.000	1.785.000	1.814.000	1.985.000	150.000	200.000
TA 1: 2024: +70.000 2025: +80.000 TA 2: 2024: +80.000 2025: +120.000								
1042	68425	Zuschüsse für freie Jugendarbeit	40.916.000	41.968.000	41.116.000	42.168.000	200.000	200.000
TA 15: 2024: +200.000 2025: +200.000								
1130	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	2.317.000	2.494.000	2.637.000	2.824.000	320.000	330.000
1130	54010	Dienstleistungen	800.000	800.000	950.000	950.000	150.000	150.000
1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	29.173.000	29.889.000	29.373.000	30.489.000	200.000	600.000
TA 4: 2024: +200.000 2025: +600.000								

V. Klimapakete (82,802 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0556	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	500.000	500.000	1.000.000	500.000	500.000	0
0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	850.000	750.000	1.050.000	1.050.000	200.000	300.000
0700	88401	Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	0	0	7.000.000	8.000.000	7.000.000	8.000.000
Zuführung an das Sondervermögen für die Aufstockung des Grünflächenankauffonds (Titel 86005)								
0920	89361	Green Hospital und Green Care Programm	0	0	15.000.000	20.000.000	15.000.000	20.000.000
0930	89361 (neu)	Green Hospital und Green Care Programm	0	0	1.000	1.000	1.000	1.000
0940	68516	Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung	1.985.000	1.910.000	2.885.000	2.810.000	900.000	900.000
1330	54010	Dienstleistungen	54.888.000	47.465.000	54.988.000	47.565.000	100.000	100.000
TA 19: 2024: +100.000 2025: +100.000								
1350	54010	Dienstleistungen	16.433.000	19.687.000	16.583.000	19.837.000	150.000	150.000
TA 10: 2024: +150.000 2025: +150.000								
1350	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	4.490.000	4.490.000	4.990.000	4.990.000	500.000	500.000
2712	52133	Maßnahmen zur Entwicklung von Sauberkeit von Kiezen, Plätzen und öffentlichen Räumen	6.500.000	5.000.000	20.000.000	20.000.000	13.500.000	15.000.000

VI. Bezirkspaket (88,260 Mio. €)

1. Mehrausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
1320	68629	Zuschüsse für besondere touristische Projekte	4.500.000	4.500.000	6.900.000	6.900.000	2.400.000	2.400.000
2710	68435	Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe	13.643.000	13.106.000	19.643.000	19.106.000	6.000.000	6.000.000
2711	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.502.000	4.050.000	9.502.000	10.050.000	6.000.000	6.000.000
2729	97101	Pauschale Mehrausgaben	295.773.000	498.757.000	325.503.000	528.487.000	29.730.000	29.730.000

Stärkung der Fachstellen Wohnungslosigkeit (6 Mio. pro Jahr), Anschubfinanzierung Parkraumbewirtschaftung (3 Mio. pro Jahr), Stärkung Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen (12 Mio. pro Jahr), Reinigung Grünflächen (6 Mio. pro Jahr), 24 Stellen Rad- und Fußverkehrsplanung sowie 12 Stellen Bekämpfung Mietwucher (2,73 Mio. pro Jahr)

VII. Gegenfinanzierung (-455,726 Mio. €)

1. Minderausgaben

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0510	54107	Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin	400.000	400.000	260.000	260.000	-140.000	-140.000
Streichung Mittel Olympiabewerbung								
0510	54117	Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußballeuropameisterschaft EURO 2024	47.600.000	1.000	32.440.000	1.000	-15.160.000	0
0510	68630	Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte	3.000.000	3.200.000	2.525.000	2.725.000	-475.000	-475.000
Streichung Mittel Olympiabewerbung								
0520	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	11.199.000	11.714.000	10.029.000	10.510.000	-1.170.000	-1.204.000
0532	81213	Mobile Sperren	6.647.000	0	2.000.000	0	-4.647.000	0
0532	81230	Drohnen	3.024.000	0	1.000.000	0	-2.024.000	0
0532	81232	Videoaufklärung	1.500.000	0	0	0	-1.500.000	0
0556	81214 (neu)	Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG)	700.000	0	0	0	-700.000	0
0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	1.550.000	1.580.000	1.250.000	1.280.000	-300.000	-310.000
e) Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen: 2024: -300.000 2025: -310.000								
0730	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter	300.000.000	300.000.000	200.000.000	50.000.000	-100.000.000	-250.000.000
0740	72776	Technische Erneuerung der Überbauung Schlangebader Straße (ÜBS)	4.000.000	7.500.000	2.500.000	2.500.000	-1.500.000	-5.000.000
0810	68588	Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin	29.249.000	31.126.000	22.630.000	24.507.000	-6.619.000	-6.619.000
0820	68445	Zuschüsse für den Religions- und Weltanschauungsunterricht	83.209.000	84.209.000	69.209.000	70.209.000	-14.000.000	-14.000.000
1015	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	101.323.000	102.288.000	83.800.000	83.300.000	-17.523.000	-18.988.000
Fortsetzung der Tabelle auf Seite 10								

Fortsetzung der Tabelle von Seite 9								
Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
1080	52509	Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT	27.681.000	43.941.000	25.106.000	41.366.000	-2.575.000	-2.575.000
1140	68453	Zuschüsse an besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik	35.314.000	18.444.000	27.414.000	9.344.000	-7.900.000	-9.100.000
1220	52611	Städtebaulicher Wettbewerb	1.200.000	1.750.000	1.000.000	750.000	-200.000	-1.000.000
Streichung TA 7: Städtebaulicher Wettbewerb „Randbebauung Tempelhof“								
1295	86344	Wohnungseigentumsförderung	16.000.000	17.000.000	3.000.000	3.000.000	-13.000.000	-14.000.000

2. Mehreinnahmen

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
0532	11201	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder	78.500.000	84.200.000	83.500.000	134.200.000	5.000.000	50.000.000
2900	08902 (neu)	Verpackungssteuer	0	0	50.000.000	50.000.000	50.000.000	50.000.000

3. Finanzielle Transaktionen, Kreditmarktmittel und Rücklagenbewegungen

Kap.	Titel	Titelbezeichnung	Ansatz bisher 2024	Ansatz bisher 2025	Ansatz neu 2024	Ansatz neu 2025	Änderung Ansatz 2024	Änderung Ansatz 2025
1350	83114	Kapitalzuführung an die BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH	0	0	150.000.000	100.000.000	150.000.000	100.000.000
2902	32500	Kreditmarktmittel	381.000.000	381.000.000	620.700.000	514.000.000	239.700.000	133.000.000
Konjunkturkomponente: 2024: +89.700.000 2025: +33.000.000 Finanzielle Transaktionen: 2024: +150.000.000 2025: +100.000.000								
2910	35501	Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage	130.360.000	32.990.000	327.000.000	0	196.640.000	-32.990.000
2910	35905	Entnahme aus der Haushaltsentlastungsrücklage	550.000.000	200.000.000	396.373.000	260.995.000	-148.827.000	64.995.000
2910	35924	Entnahme der Rücklage zur Vorsorge von Baukostenrücklage	226.000.000	326.000.000	0	0	-226.000.000	-326.000.000

Begründung

Zu A) Änderung des Haushaltsgesetzes

Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine weitere Verkomplizierung der Verausgabung von Mitteln, durch eine Sperre der Verpflichtungsermächtigungen, ab. Aufgrund der ohnehin schon hohen veranschlagten pauschalen Minderausgabe, im Doppelhaushalt 2024/2025, wird die Verausgabung der Mittel für Senatsverwaltungen und Bezirksämter eine schwierige Aufgabe, so dass nicht zu erwarten ist, dass die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen in voller Höhe in Anspruch genommen werden.

Das Haushaltsgesetz ist so zu ändern, dass Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine kurzfristige Bodenpolitik ab und beantragen, dass Schulgrundstücke auch in Zukunft nur an Dritte übertragen werden dürfen, die sich direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden.

Das Haushaltsmittel für Stellen oder Beschäftigungspositionen nur in pauschalen Minderausgaben aufgelöst werden können, soweit eine ausdrückliche Veranschlagung zu diesem Zweck erfolgt ist, lehnen Bündnis 90/Die Grünen ab, da es so vor allem bei den Bezirken zu Problemen führen wird, die hohen veranschlagten pauschalen Minderausgaben aufzulösen.

Zu B) Änderung des Zahlenwerks

I. Ausbildungspaket (40,800 Mio. €)

Ein zentraler Baustein eines präventiven sozialen Sicherungssystems und ökonomischer Prosperität ist die Gewährleistung guter Ausbildungsbedingungen und des Ausbildungserfolgs. Um jungen Menschen sowie Menschen in einer beruflichen Umorientierungsphase bei der Vielzahl beruflicher Möglichkeiten individuell passende und zukunftsgerichtete Karrierewege aufzuzeigen sind die Berufsberatungen und -orientierungen zu stärken. Als bündnisgrüne Fraktion wollen wir dieser gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden und dem Fachkräftemangel mit stabilen Strukturen im Bereich Aus- und Weiterbildung abzubauen.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung, insbesondere im Sozialen Sektor und dem Handwerk, ist ein zentraler Schlüssel um den gesellschaftlichen Herausforderungen sozialer Zusammenhalt, Erziehung, würdevolles Altern und dem Klimawandel zu begegnen. Daher setzen wir uns als Bündnis 90/Die Grünen für eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems ein. Hierzu fordern wir die Gründung eines Ausbildungswerks Berlin, welches analog zum Studierendenwerk, Wohnheime und Mensen betreibt. Aber auch soziale und psychologische Beratungsangebote zielgerichtet bereitstellt. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel werden von uns im Haushaltsplan 2024/2025 bereitgestellt.

Eine duale Ausbildung stellt keine Sackgasse dar. Vielmehr ist sie der Grundstein für eine individuelle berufliche Entwicklung durch Weiterbildungen und/oder diverser Studienmöglichkeiten. Um jungen Menschen einen strukturierten Überblick über die umfassenden Ausbildungsberufe und den darauf aufbauenden Möglichkeiten der Weiterentwicklung zu geben, erhöhen wir die Haushaltsmittel der Berufsorientierung, Berufsvorbereitung sowie des Jobcoachings. Um die Ausbildungssituation im Bereich der Pflege zu verbessern und attraktiver zu machen, stellen wir die dringend notwendigen Planungsmittel für den Ausbildungscampus Wenckeback im Haushalt bereit.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Ausbildungsmarkt und das Berufsleben ist ein zentrales bündnisgrünes Ziel, um allen Menschen ein eigenbestimmtes Leben zu ermöglichen. Durch die inflationären Entwicklungen seit 2021 ist es auch nach der Pandemie dringend geboten Studierende durch entsprechende Haushaltsmittel im Sozialfonds zu unterstützen. Berlin kann es sich vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nicht leisten, dass Studierende ihre hochschulische Ausbildung aufgrund individuell unverschuldeter makroökonomischer Entwicklungen abbrechen.

II. Verkehrssicherheitspaket (59,000 Mio. €)

Als Bündnis 90/Die Grünen halten wir an dem Ziel der Vision Zero fest und fordern daher massive Investitionen in die Verkehrssicherheit! Wir unterstützen den offenen Brief von über 70 Berliner Verbänden, Unternehmen und Organisationen, die den Erhalt und die zügige Umsetzung des Mobilitätsgesetzes fordern.

Verkehrssicherheit ist kein Selbstzweck, sondern der aktive Schutz von Kindern, Menschen mit Einschränkungen und Senior*innen. Um die Mobilität dieser Mitglieder der Gesellschaft sicherzustellen, stärken wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, um tödliche Gefahren für Menschen zu Fuß und auf dem Rad zu beseitigen.

Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit ist auch die Ahndung von Verstößen gegen die Regelungen der Straßenverkehrsordnung. Daher stellen wir zusätzliche Mittel für Blitzer und Beschäftigte in den Bußgeldstellen bereit.

III. Sicherheits- und Sozialpaket (34,000 Mio. €)

Die Zunahme der Verletzung im öffentlichen Raum kann nur wirksam entgegengewirkt werden, wenn wir Sicherheit und Soziales zusammendenken. Wir sehen derzeit ein gesamtstädtisches Problem – dabei lassen wir die Bezirke nicht allein. Wir richten einen Bezirke-Topf in Höhe von 20 Mio. Euro auf zwei Jahre ein für Anpassungen an Parks und Plätzen, aber beispielsweise auch für die ASOG-Unterbringung von obdachlosen Menschen ohne Leistungsbezug. Die Bezirke wissen am besten, welche Orte besonders betroffen sind und welche gezielten Maßnahmen notwendig sind. Es mangelt nicht an Ideen oder Konzepten, sondern an finanziellen Zusagen. Ihnen wollen wir flexibel Möglichkeiten an die Hand geben, schnell auf die Herausforderungen zu reagieren.

Die Gesundheitseinrichtungen der Stadt stärken – Sucht und Obdachlosigkeit erfordern zuvorderst soziale Maßnahmen. Die Ursachen kann die Polizei schlicht nicht allein lösen, sondern höchstens verdrängen. Wir stellen insgesamt 9 Mio. Euro für die Versorgung von obdachlosen und abhängigen Menschen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können u.a. den Zugang zu Beratungs- und Therapieangeboten für Menschen ohne Krankenversicherung ermöglichen sowie für mobile Drogenkonsumräume und niedrigschwellige Maßnahmen vor Ort zur Verfügung gestellt werden.

Mit zusätzlichen 8 Mio. Euro für zwei Jahre stärken wir das integrierte Gesundheits- und Pflegeprogramm, insbesondere Angebote im Handlungsfeld „Verbundsystem Drogen und Sucht“, um die inflationären Entwicklungen abzumildern und den Erhalt der Angebote sicherzustellen. Um Strategien gegen die zunehmende Problematik durch Crack-Konsum zu entwickeln wollen wir 2 Mio. Euro gezielt in die Forschung zur Behandlung der Crack-Abhängigkeit investieren.

Es braucht neue Ansätze und gleichzeitig eine wissenschaftliche Begleitung der Behandlungsstrategien. Weitere 2 Mio. Euro für zwei Jahre wollen wir für Investitionen in Einrichtungen der Suchthilfe zur Verfügung stellen. Zusätzlich heben wir die Haushaltsmittel um 1 Mio. Euro auf zwei Jahre an für Krankenwohnungen für obdachlose Menschen. Damit beenden wir eine jahrelange Fehlbedarfsfinanzierung.

Menschen von der Straße bringen – auch ohne Leistungsbezug. Wir investieren in 24/7 Notunterkünften, die mit Angeboten der Drogenberatungsstellen kombiniert werden. Damit können wir die betroffenen Menschen direkt vor Ort versorgen und ihnen einen wirklichen ersten Ruheort schaffen, damit es gelingen kann Perspektiven zu entwickeln. Mit 4 Mio. Euro stärken wir das „Integrierte Sozialprogramm der Stadt“ und wollen vor allem die Notübernachtungen und Tagesstreffs für obdachlose Menschen besser ausstatten. Damit werden auch gezielt die frauenspezifischen Angebote besser aufgestellt. Housing First bringt wohnungslose Menschen zuerst wieder in Wohnraum und erarbeitet von dort weiteren Perspektiven. Wir stärken dieses Angebot mit zusätzlichen 2,6 Mio. Euro und unterstützen damit gezielt ein Projekt für Menschen ohne Leistungsbezug. Viele Wohnheime haben keine Sozialberatungen. Das wollen wir ändern und fördern mit weiteren 1,2 Mio. Euro die dringend notwendige Beratung in den ASOG-Heimen. Mit zusätzlich 1 Mio. Euro stärken wir die mobile Stadtteilarbeit und nutzen die positiven Erfahrungen des Modellprojekts der letzten Jahre.

IV. Demokratiepaket (13,500 Mio. €)

Unsere Demokratie gerät immer stärker unter Druck – auch in Berlin. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt daher mit ihrem Haushaltsentwurf 2024/2025 ein Demokratiestärkungspaket vor. Mit 16 Mio. Euro in 2024 und 2025 werden viele verschiedene Maßnahmen gebündelt, um den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit zu verstärken und rechte Strukturen zurückzudrängen. Es ist notwendiger denn je, von Diskriminierung betroffene Gruppen zu schützen, zu unterstützen und zu empowern. Gleichzeitig soll Hass im Netz gezielt bekämpft und Beratungsangebote für die Opfer von Online-Diskriminierung geschaffen werden. Die Kürzungen bei der Landeszentrale für politische Bildung nehmen wir zurück und bauen wichtige Maßnahmen der Demokratieförderung berlinweit aus.

Angesichts der aktuellen Situation ist es besonders geboten, die Kürzungen bei der Bildungs-, Antigewalt- und Präventionsarbeit an den Berliner Schulen nicht nur zurückzunehmen, sondern die wichtige Arbeit der zivilgesellschaftlichen Projekte – gerade im Bereich der Antisemitismusprävention – deutlich auszubauen. Viele der Träger arbeiten gerade personell am Limit und können den Anfragen von Schulen nicht mehr gerecht werden. Hier ist dringend eine politische Kurskorrektur erforderlich.

Die Bündnis 90/Die Grünen fordert seit vielen Jahren ein Demokratiefördergesetz. Dieses ist notwendig, um eine dauerhafte und strukturelle Stärkung der zivilgesellschaftlichen Träger, welche sich täglich für unsere Demokratie einsetzen, zu gewährleisten. Die notwendigen Haushaltsmittel stellen wir mit unserem Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf der schwarz-roten Koalition bereit. Dabei fordern wir, dass die Erarbeitung des Demokratiefördergesetzes in einem partizipativen Prozess erfolgt, der die Stadtgesellschaft Berlins umfassend repräsentiert.

V. Klimapakete (82,802 Mio. €)

Klimaschutz ist weiterhin die zentrale Herausforderung, nicht nur global sondern auch regional. Insbesondere Städte und Metropolen, wie Berlin, sind durch immer wärmer werdenden Sommer stark betroffen. Aufgeheizte Städte verursachen Gesundheitsschäden und schränken das Leben von Menschen mit körperlichen Gebrechen immer mehr ein. Aber auch die soziale und technische Infrastruktur unserer Stadt ist gefährdet. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert daher eine Stärkung des technischen und des natürlichen Klimaschutzes in Berlin.

Mit unserem Klimapakete setzen wir uns das Ziel die Energetische Sanierung, den Ausbau von Solarenergie sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter zu beschleunigen. Den natürlichen Klimaschutz und die Anpassung Berlins an den Klimawandel wollen wir unterstützen durch eine bessere finanzielle Ausstattung des Grünflächenankauffonds und der bezirklichen Maßnahmen zur Stadtverschönerung.

Die Krankenhaus- und Pflegelandschaft Berlins ist in doppelter Hinsicht klimarelevant; zum einen gehören medizinische Einrichtungen zu den größten Emittenten von klimaschädlichen Stoffen und zum anderen ist die Aufrechterhaltung medizinischer Infrastruktur zentral für eine klimaresiliente Stadt. Aus diesem Grund verstärken wir das Green Hospital Programm und erweitern es um den pflegerischen Sektor zu einem Green Hospital und Green Care Programm.

VI. Bezirkspaket (88,260 Mio. €)

Wir möchten als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Bezirke stärken, damit sie ihre individuellen Herausforderungen vor Ort eigenständig angehen können. Die räumlich-sozialen Probleme in den Bezirken kennen die Bezirksämter am besten.

Die inflationären Entwicklungen und die sich negativ verändernde Situation auf dem Wohnungsmarkt fordert die Bezirke in ihren Anstrengungen der Bereitstellung sozialer Beratungsleistungen. Bezirkliche und unterschwellige Anlaufstellen sind für zahlreiche Berliner*innen zentrale Anlaufstellen. Zur Sicherstellung dieser wertvollen gesellschaftlichen Angebote stellen wir als Bündnisgrüne Fraktion den Bezirken zusätzliche Haushaltsmittel bereit.

Die Corona-Pandemie und die globalen Konflikte, welche mittlerweile zu kriegerischen Auseinandersetzungen, auch innerhalb Europas, führen, wächst die Verunsicherung bei den Jugendlichen in unserer Stadt. Jugendarbeit in den Kiezen mit Beratungsangeboten sind daher wichtiger denn je. Um der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und diese vor Ort-Angebote auch in den nächsten Jahren sicherzustellen erhöhen wir die hierfür notwendigen finanziellen Mittel in den Bezirken.

Saubere öffentliche Räume sorgen für ein Sicherheitsgefühl und dienen auch der Erhaltung der bezirklichen technischen und ökologischen Infrastruktur. Die Bezirke werden daher für die Reinigung von Grünflächen sowie die vorbeugende Wartung und Reparatur von öffentlichem Mobiliar in den Parks und auf den Fußwegen von uns mit zusätzlichen Mitteln gestattet.

Die Bezirke müssen jedoch auch in ihrer eigenen Einnahmehasis gestärkt werden. Daher erhöhen wir Anschubfinanzierung bei der Parkraumbewirtschaftung sowie die Zuschüsse für besondere touristische Projekte in den Bezirken.

VII. Gegenfinanzierung (-455,726 Mio. €)

Der Haushaltsentwurf des Senats zeichnete sich durch Haushaltsunwahrheit statt Haushaltsklarheit aus. Die Koalitionsfraktionen haben bei den Beratungen im Hauptausschuss durch ihre

vorgenommenen Änderungen diesen Eindruck eher verstärkt, als für mehr Haushaltsklarheit zu sorgen. Bündnis 90/Die Grünen zeigen mit dem vorliegenden Gegenfinanzierungen, dass eine seriöse Haushaltspolitik auch auf der Basis der vorliegenden Dringlichen Beschlussempfehlung möglich ist.

Durch gezielte Minderausgaben lassen sich im Doppelhaushalt 2024/2025 ohne größere Probleme über 500 Mio. Euro einsparen. Im Rahmen der Mehreinnahmen wird aufgezeigt, dass durch gezielte Maßnahmen für neue AVÜK-Anlagen, sowie der Einführung einer Verpackungssteuer, nicht nur die Verkehrssicherheit und Umwelt der Stadt gestärkt werden können, sondern mit 155 Mio. Euro, die Einnahmen nachhaltig gesteigert werden können.

Berlin, den 6. Dezember 2023

Jarasch Graf Gebel Hassepaß Schmidberger Schneider Schulze Walter Ziller
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen